



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 23.06.2020

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Puchheimer Kulturzentrum

Ende: 21:22 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Sengl, Manfred, Dr.

Dritter Bürgermeister

Hofschuster, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Arnold, Anja

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

Horn, Gudrun, Dr.

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Martin

Krebs, Stefan

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Peukert, Michael

Ponn, Barbara
Salcher, Thomas
Strobl-Viehhauser, Sonja
von Hagen, Michaela
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wirth, Wolfgang
Wuschig, Wolfgang
Zöller, Rainer

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Wipiejewski, Isabell

Verwaltung

Dietel, Katharina
Schiemann, Udo
Schmeiser, Beatrix
Schützeneder, Roland
Westmeier-Dilg, Alke

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Knürr, Hans	- entschuldigt -
Schneider, Dominik	- entschuldigt -
Sippel, Dorothea	- entschuldigt -

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Geschäftsordnung; Aufhebung der Einschränkungen des Sitzungsdienstes	2020/0042
TOP 5	Eisenbahnunterführung Gröbenbach hier: Variantenwahl und Übernahme der Planungskosten bis Leistungsphase 4	2020/0048
TOP 6	Energetische Sanierung Sportzentrum Puchheim hier: Projektgenehmigung Erneuerung der Heizungsanlage "Schritt 1"	2020/0041
TOP 7	Wohnhaus Siemensstraße 5 - Sanierung Fassade und Dach	2020/0046
TOP 8	Gewährung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien für das Jahr 2020	2020/0038
TOP 9	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er gratulierte Stadträtin Strobl-Viehhauser und Stadtrat Leone nachträglich zum Geburtstag. Nachfolgend stellte der Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadträtin Sippel sowie die Stadträte Knürr und Schneider seien entschuldigt. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende gab bekannt, dass das Rathaus ab 1. Juli wieder für den allgemeinen Publikumsverkehr öffnen werde. Es sei geplant, die Terminvergabepraxis aber weiterhin beizubehalten und auszubauen, da sich das System bewährt habe und von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen und geschätzt werde. Das Rathaus werde montags und dienstags von 7.30 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 15 bis 18.30 Uhr allgemein für die Bürgerschaft geöffnet. Die Zeiten dienstags von 14 bis 16 Uhr sowie donnerstags und freitags von 7.30 bis 12 Uhr seien für Bürgerinnen und Bürger mit Termin reserviert. Am Mittwoch, 24. Juni, biete er von 15.30 bis 16.30 Uhr eine Kindersprechstunde am Volksfestplatz an. Die Bürgermeistersprechstunde werde wieder regulär im Rathaus donnerstags von 10 bis 11 Uhr sowie 17 bis 18 Uhr stattfinden. Die beiden stellvertretenden Bürgermeister würden ebenfalls zukünftig Sprechstunden anbieten. Diese müssten noch festgelegt werden.

TOP 4 Geschäftsordnung; Aufhebung der Einschränkungen des Sitzungsdienstes

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Puchheimerinnen und Puchheimern für den verantwortlichen Umgang mit der schwierigen Situation in den vergangenen Monaten. Die Bürgerinnen und Bürger hätten im Sinne des Gemeinwohls gehandelt und so die direkte Bedrohungslage durch das Coronavirus gemeistert. Umso mehr ärgere es ihn, dass einzelne Unternehmen lediglich auf den eigenen Erfolg blickten und dadurch große Teile der Bevölkerung in Gefahr brächten. Die Politik dürfe dies nicht bewusst in Kauf nehmen, sondern müsse gesetzlich einschreiten. Vernunft, Aufmerksamkeit und gegenseitige Rücksichtnahme seien gefragt, so dass die Gesellschaft weiterhin Stück für Stück zur Nor-

malität zurückkehren könne. In Puchheim wolle man wieder in den Ausschüssen tagen. Die kleineren Ausschüsse könnten im Sitzungssaal des Rathauses stattfinden, größere im Kulturzentrum PUC. Die Stadtratssitzungen würden bis auf weiteres im PUC abgehalten. Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Der Beschluss vom 05.05.2020 über die pandemiebedingten Einschränkungen des Sitzungsdienstes (Heranziehung aller Kompetenzen der Ausschüsse an den Stadtrat) wird mit Wirkung vom 01.07.2020 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

Der Vorsitzende ergänzte, dass der Sitzungskalender im Stadtratsportal entsprechend aktualisiert werde.

TOP 5 Eisenbahnunterführung Gröbenbach hier: Variantenwahl und Übernahme der Planungskosten bis Leistungsphase 4

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Die niedrige Unterführung habe eine hohe Nutzungsfrequenz und der Stadtrat müsse entscheiden, ob man einen Planungsauftrag für den Bau einer neuen und adäquaten Unterführung im Rahmen des dreigleisigen Ausbaus der Bahnlinie erteilen wolle. Zur Diskussion ständen drei Modelle. Für die Planer handele es sich lediglich um eine isolierte Baumaßnahme. Der Puchheimer Stadtrat aber müsse die Planungen in einem größeren Zusammenhang betrachten, da der drei- oder viergleisige Ausbau der Bahnlinie diesbezüglich relevant sei, ebenso wie der geplante Radschnellweg sowie der barrierefreie Ausbau des Puchheimer Bahnhofs. Herr Schieman von der Stadtverwaltung wies darauf hin, dass es sich um eine Planung handele, die von einem dreigleisigen Ausbau ausginge. Die 1,45 Meter hohe Unterführung befinde sich im Planiegebiet, es sei daher zu erwarten, dass im Rahmen des Bauprojekts zusätzliche Entsorgungskosten anfallen würden. Der Vertreter des Planungsbüros, Herr Drechsler, erläuterte die Planungen, die baulichen Aspekte der drei vorliegenden Varianten und deren Kosten. Man habe dabei den Wunsch der Stadt nach Barrierefreiheit soweit als möglich berücksichtigt. Stadtrat Zöller erkundigte sich nach der Positionierung des vierten Gleises. Dies sei nicht Teil des Planungsauftrages gewesen, erklärte Herr Drechsler. Für die Stadt Puchheim entstünden 120.000 Euro Planungskosten sowie in der Folge insgesamt 4,4 Millionen Euro für den Bau, für eine Ablösesumme sowie für den Planungs-

anteil der Deutschen Bahn. Die neugebaute Unterführung werde später ins Eigentum der Deutschen Bahn übergehen, die sich dann aus dem Betrag der Ablösesumme um die Instandhaltung und einen eventuellen Neubau kümmern werde. Herr Schuldt von der Deutschen Bahn erläuterte, dass es für die Stadt Puchheim vorteilhaft wäre, wenn der Stadtrat zeitnah eine Variantenentscheidung treffe und die neue Unterführung in die Gesamtplanungen zum dreigleisigen Ausbau einbezogen werden könne. Andernfalls würde die Planung für eine neue Unterführung deutlich komplizierter und auch teurer. Darüber hinaus sei es angesichts der hohen Nutzungsfrequenz durch Fahrräder sinnvoll, den Ausbau der Unterführung mit zu planen. Auf Nachfrage von Stadträtin Strobl-Viehhauser erläuterte Herr Schuldt, dass man bereits im Jahr 2018 mit den Planungsaufaktgesprächen begonnen habe und im Jahr 2019 der Stadt die drei Varianten vorgestellt worden seien. Stadträtin Strobl-Viehhauser kritisierte, dass keine der Varianten gut sei und die dargelegten Kosten zu hoch. Sie erkundigte sich, was passieren würde, wenn der Stadtrat sich für keine der Varianten entscheide. Ihr sei es sogar lieber, wenn die Unterführung nicht ausgebaut würde, da es in Bezug auf die Verkehrssicherheit vorteilhaft sei, dass die Nutzenden an dieser Stelle bremsen und absteigen müssten. Herr Schuldt erklärte, dass die Bahn ihr Bauwerk errichten werde. Man erwarte, dass dann wieder ein entsprechender Trampelpfad mit 1,45 Meter Höhe entstehen werde. Stadträtin Dr. Matthes wies auf die Planungen des Rad-schnellweges hin. Bezüglich einer möglichen Anbindung konnte Herr Schuldt keine Auskunft geben, da die Trassenführung nicht bekannt sei. Auf Nachfrage von Stadtrat Koch erläuterte Herr Schuldt, dass im Falle eines Verzichts auf den Neubau der Unterführung die Höhe bestehen bleibe. Der Vorsitzende erkundigte sich, ob der Radweg tiefergelegt werden könne. Dies sei technisch möglich, erklärte Herr Drechsler, aber aufgrund des Wassers mit hohem baulichen Aufwand verbunden. Auf Nachfrage von Stadträtin von Hagen erklärte Herr Schuldt, dass die Variante 2a nicht barrierefrei sei. Stadtrat Koch hinterfragte die vorliegende Kostenaufstellung. Herr Schuldt führte aus, dass für die Planung 120.000 Euro angesetzt seien. Die restlichen Kosten würden erst fällig, wenn tatsächlich gebaut werde. Stadträtin Arnold äußerte starke Bedenken angesichts der finanziellen Lage der Stadt sowie der zahlreichen Baustellen, die anstünden. Zudem sei das vierte Gleis nicht berücksichtigt worden. Wichtig sei jedoch, dass in jedem Fall ein Unterschlupf an diesem Standort gewährleistet sei. Herr Schuldt erläuterte, dass dieser erhalten bleibe. Auf Nachfrage von Stadtrat Heil bestätigte Herr Schuldt, dass es sich bei der aufgeführten Summe um die Endsumme handele. Stadtrat Heil erkundigte sich des Weiteren, ob bei den Varianten 2a und 2b Hebeanlagen zur Entwässerung erforderlich seien, was bestätigt wurde. Auf Nachfrage von Stadtrat Koch erklärte Herr Schuldt, dass im Falle einer Vertiefung des Weges die Stadt Puchheim einen Nachweis erbringen müsse, dass der Damm sicher und die Konstruktion tragfähig sei. Angesichts der Unklarheiten bezüglich des Gleisausbaus und der hohen Kosten mahnte Stadtrat Zöllner an, nichts weiter zu unternehmen und die Unterführung so zu belassen. Stadtrat Leone bekräftigte, dass die Beauftragung weiterer Planungen aufgrund der finanziellen Lage der Stadt derzeit nicht vertretbar sei. Darüber hinaus sei bei den vorliegenden Varianten eine Auf-

wärtskompatibilität hinsichtlich eines vierten Gleises aus Platzgründen nicht möglich. Da die SPD-Fraktion die Viergleisigkeit wolle, werde man kein Signal an die Deutsche Bahn aussenden, dass man die Dreigleisigkeit akzeptiere. Stadträtin Gigliotti schloss sich diesem Standpunkt an. Stadträtin von Hagen ergänzte, dass darüber hinaus keine der drei Varianten hinsichtlich der Barrierefreiheit zufriedenstellend sei. Stadtrat Koch berichtete, dass nach seinen Erkenntnissen aus den sozialen Medien die Unterführung zwar viel genutzt werde, aber kein Ausbau erwünscht sei. Seiner Meinung nach seien die Planungskosten zu hoch und die Notwendigkeit nicht gegeben. Stadtrat Olschowsky betonte, dass man angesichts der wegbrechenden Einnahmen dem Vorhaben nicht zustimmen könne, zumal davon auszugehen sei, dass die tatsächlichen Kosten noch höher ausfallen würden. Stadtrat Honold kritisierte, dass die vorliegenden Planungen nicht entscheidungsreif seien und ein entsprechender Beschluss daher fahrlässig. Fünf Millionen Euro könne man an anderen Stellen in der Stadt sinnvoller in Barrierefreiheit investieren. Der Vorsitzende bedankte sich für die umfangreichen Vorarbeiten der Planer. Die Diskussion habe aber gezeigt, dass es noch zu viele Unklarheiten gebe. Die Viergleisigkeit sei nun wieder Thema und man wolle eine Entscheidung diesbezüglich abwarten. Es sei nicht sinnvoll den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Daher werde man das Risiko eingehen, gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt in die Planungen wieder einzusteigen, wenn auch die Trassenführung des Radschnellweges klar sei. Im Gremium wurde anschließend kurz erwägt, ob ein Negativbeschluss zu fassen sei. Dies wurde für nicht sinnvoll befunden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Fortsetzung der Planungen für eine Fuß- und Radwegunterführung zu.

Der Stadtrat entscheidet sich für eine Variante als Vorzugsvariante für die Querung der Bahngleise auf Höhe Gröbenbach.

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, eine Planungsvereinbarung mit der DB Netz AG abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja 0 Nein 28 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 6 Energetische Sanierung Sportzentrum Puchheim hier: Projektgenehmigung Erneuerung der Heizungsanlage "Schritt 1"

Der Vorsitzende führte kurz in die Thematik ein und übergab das Wort an Frau Westmeier-Dilg von der Stadtverwaltung. Sie berichtete über das seit 2015 laufende Sanierungsprojekt und erläuterte,

dass nun die Heizungszentrale zur Entscheidung anstünde. Diesen Themenbereich habe man zweigeteilt. Im ersten Schritt gehe es darum, die Erneuerung der Heizungsinfrastruktur zu beschließen. Die Kosten dafür beliefen sich auf 454.000 Euro. Dieser Beschluss könne unabhängig von der Entscheidung bezüglich der zukünftigen Wärmeversorgung getroffen werden. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl erkundigte sich, ob es Schätzungen bezüglich der durch den Pumpenaustausch entstehenden Stromeinsparungen gebe. Frau Westmeier-Dilg erklärte, dass Einsparungen auf jeden Fall zu erwarten seien, man aber diesbezüglich keine Zahlen vorliegen habe. Auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Matthes bekräftigte Frau Westmeier-Dilg, dass das geplante Pumpenverteilungssystem unabhängig von der gewählten Wärmeversorgung funktioniere. Die gesamte Heizungszentrale werde nach den heutigen Standards wieder neu aufgebaut, wodurch die Effizienz der Anlage sich erhöhen werde. Stadtrat Peukert erklärte, dass auch er sich die Frage gestellt habe, ob die beiden Schritte unabhängig voneinander entschieden werden könnten, dies aber nun geklärt sei. Stadtrat Honold hinterfragte diese Vorgehensweise und forderte, dass der Stadtrat sich zunächst grundsätzlich einigen solle, welche Wärmeherzeugung man nutzen wolle, denn die Folgekosten seien davon abhängig. Bei der Fernwärme entstünden seiner Ansicht nach deutlich niedrigere Kosten als bei Gas. Stadtrat Heil bemängelte, dass in der Beschlussvorlage die Kostenermittlung nicht ausführlich dargestellt sei. Die vorliegenden Zahlen seien für ihn als Entscheidungsgrundlage nicht ausreichend. Der Vorsitzende fragte nach der Dringlichkeit des Projektes und erklärte, dass man diese Zahlen gegebenenfalls nachliefern und die Entscheidung auf die nächste Sitzung vertagen könne. Dritter Bürgermeister Hofschuster ergänzte, dass die alte Anlage zunehmend anfällig für Ausfälle sei und somit durch weitere Verzögerungen zusätzliche Kosten für Reparaturen anfallen könnten. Frau Westmeier-Dilg bestätigte die Dringlichkeit der Entscheidung. Vier Wochen Verzögerung seien jedoch vertretbar.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und vertagt die Projektgenehmigung für die vorgesehene Maßnahme mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 454.000,- €.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 7 Wohnhaus Siemensstraße 5 - Sanierung Fassade und Dach

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Er erklärte, dass das Wohngebäude in der Siemensstraße 5 seit geraumer Zeit zahlreiche Mängel aufweise und eine Sanierung dringend erforderlich sei. Man habe das Haus besichtigt und Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern

geführt. Dies habe ergeben, dass eine schrittweise Umsetzung von Einzelmaßnahmen nicht sinnvoll sei, sondern die Gegebenheiten ein umfangreiches Gesamtkonzept erforderten. Herr Schützeneder von der Stadtverwaltung erläuterte Hintergründe zum Projekt und erklärte, dass die zu behebenden Mängel die Fassade, die Fenster, die Balkongeländer und die Dachdeckung betreffen. Man plane den Austausch der alten Holzfenster durch energieeffiziente Kunststofffenster. In diesem Zusammenhang werde man auch die Rollladenkästen erneuern. Aufgrund der so entstehenden besseren Dichtung sei ein Lüftungskonzept erforderlich, um den Luftaustausch sicherzustellen. Bei den Balkonen ständen in erster Linie sicherheitsrelevante Themen im Mittelpunkt, da die notwendige Anpralllast nicht mehr nachweisbar sei. Ein Austausch sei dringend erforderlich. In Bezug auf die Fassade gehe es ebenfalls um Sicherheitsaspekte, da sich bereits eine Platte gelöst habe und auf den Boden gefallen sei. Die Faserzementplatten müssten demontiert und ersetzt werden. Im Dach trete punktueller Lochfraß auf. Da das Gebäude ohnehin eingerüstet werde, schlage man vor, das teilweise beschädigte Dach im Zuge der Baustelle gleich mit zu sanieren. Der Beginn der Maßnahmen sei nach Abschluss des Ausschreibungsprozesses für Mai 2021 geplant. Stadtrat Hoiß erklärte, dass der Erstbezug im ersten Obergeschoss im Jahr 1980 stattgefunden habe und die Aufstockung dann 1992 fertiggestellt worden war. Die Fenster seien somit zum Teil 40 Jahre alt und undicht. Die Wohnungen hätten bereits mehrfach unter Wasser gestanden. Er kritisierte die vorgeschlagenen Rollladenüberdachungen als nicht geeignet und warnte davor, die energetischen Sanierungen auf die Miete umzulegen, da bereits der Höchstsatz aller städtischen Wohnungen erreicht sei. Er regte an, dass man darüber nachdenken solle, eine Photovoltaikanlage auf das Dach zu montieren. Herr Schützeneder erläuterte, dass bezüglich der Anbringung einer PV-Anlage es zunächst einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bedürfe und die Statik des Gebäudes überprüft werden müsse. In Bezug auf die Rollladenkästen erläuterte Herr Schützeneder, dass diese nicht hervorstünden. Stadtrat Koch zeigte sich erstaunt, dass das Dach bereits solche Schäden aufweise. Er erkundigte sich, ob man die Ursachen untersucht habe und ob mit Überraschungen zu rechnen sei. Herr Schützeneder erklärte, dass man das Dach gründlich untersucht habe und keine Zusatzmaßnahmen zu erwarten seien. Derzeit fehle die Ausgleichsschicht. Montiert werde Trapezblech aus Aluminium. Es handele sich aber um Grobkosten der Vorprojektphase. Herr Heitmeir gab hinsichtlich einer PV-Anlage zu Bedenken, dass sich nach dem derzeitigen Energierecht Einspeisung nicht mehr rentiere und Mieterstrommodelle schwer umsetzbar seien. Ein solches Projekt müsse auch betriebswirtschaftlich Sinn machen. Weiter erklärte er, dass die Stadt bei der Erhebung der Miete stets den geltenden Mietspiegel zugrunde lege. Als Kommune sei man darüber hinaus verpflichtet, Einnahmen zu erheben. Dies gelte auch für Umlagen bei Modernisierungen. Stadtrat Peukert schlug vor, hinsichtlich einer PV-Anlage die KommEnergie als kommunalen Energieversorger mit einzubeziehen. Der Vorsitzende erklärte, dass ein Einstieg des Energieversorgers wünschenswert, aber nicht realistisch sei, da dann auch die beteiligten Kommunen Eichenau und Gröbenzell ein Mitspracherecht hätten. Stadträtin Dr. Horn merkte an, dass die Wohnatmosphäre mit Holz-

fenstern wesentlich besser sei und erkundigte sich, ob der Einbau von neuen Holzfenstern geprüft worden sei beziehungsweise ob Fenster möglicherweise repariert oder teilweise weitergenutzt werden könnten. Herr Schützeneder erläuterte, dass in erster Linie wirtschaftliche Aspekte bei der Fensterauswahl eine Rolle gespielt hätten, da Kunststofffenster in Erwerb und Unterhalt günstiger seien. Zudem seien neue Holzfenster auch sehr dicht. Eine Wiederverwendung noch brauchbarer Fenster sehe er kritisch, da man so eine Hybridlösung schaffe. Stadträtin Dr. Horn erwiderte, dass die Wartung von gut gepflegten Holzfenstern geringer sei als bei Kunststofffenstern, da diese dazu neigten sich zu verziehen. Stadtrat Hoiß betonte, dass man, wenn es statisch ginge, jedes Dach eines städtischen Gebäudes zur Anbringung einer PV-Anlage nutzen solle. Das Mieterstromkonzept sei zu kompliziert, aber es gebe zwei städtische Nutzer in dem Gebäude, die den Strom verbrauchen könnten. Auf die Nachfrage von Stadträtin Arnold erläuterte Herr Schützeneder, dass der Einbau der Rollläden so konzipiert sei, dass keine Wärmebrücke entstehe. Stadtrat Honold hinterfragte das Dämmungskonzept der Rollläden sowie die Auswahl der Fenster. Man müsse über das Lüftungskonzept nochmal ernsthaft nachdenken ebenso wie über die Anbringung einer PV-Anlage. Der Vorsitzende schlug vor, die Projektgenehmigung zu erteilen. Alle Einzelheiten würden dann im Ausschuss für Städtische Bauten thematisiert. Stadtrat Heil merkte an, dass ihm die Kostenschätzung für den Architektenvertrag sehr hoch vorkomme.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt vom Vortrag Kenntnis und erteilt die Projektgenehmigung für die Fassaden-, Balkon- und Dachsanierung, Wohngebäude Siemensstraße 5 in Puchheim in Höhe von 906.780,- Euro.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 8 Gewährung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien für das Jahr 2020

Der Vorsitzende führte in die Thematik ein und lobte die ausgeprägte Mitgliedertreue, die Puchheimer Vereine in der Coronazeit erführen. Die Puchheimerinnen und Puchheimer hätten sich zu ihren Sportvereinen bekannt, obwohl die Ausübung vieler Sportarten eingestellt werden musste. Stadtrat Zöllner betonte, dass die Vereine die freiwillige Leistung der Stadt sehr zu schätzen wüssten. Er erwähnte, dass die Sportlerinnen und Sportler darauf hofften, dass die ausgefallene Sportlerehrung im Herbst nachgeholt werde. Er bat das Gremium um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Zuschüssen. Stadtrat Hoiß verwies darauf, dass der Name des Schachclubs in der Vorlage nicht korrekt sei. Es müsse „Schachclub Puchheim“ lauten.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt von der Aufteilung der für das Haushaltsjahr 2020 bereit gestellten Mittel in Höhe von 234.000 € Kenntnis und genehmigt die Auszahlung der Einzelbeträge an die Vereine.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

TOP 9 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende kündigte an, dass der für den 2. Juli angesetzte Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt eventuell auf den 14. Juli verschoben werden müsse. Er gab weitere Termine der anstehenden Ausschusssitzungen bekannt und erwähnte den am 29. Juni stattfindenden Kita-Gipfel. Im zweiten Teil solle nun der Qualitätsfonds näher definiert werden. Am 28. Juni finde eine vom Verein D`Buachhamer organisierte archäologische Radtour statt.

Stadtrat Koch erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich des am 24. September 2019 im Stadtrat besprochenen Investitionsplanes. Der Vorsitzende erklärte, dass dieser in der Fassung vorliege, wie er damals besprochen worden sei. Es habe keinen Auftrag gegeben, den Plan zu schärfen oder eine Priorisierung vorzunehmen. Man habe damals erkannt, dass die Liste zu viele unbekannte Größen enthalte. Eine stärkere Detailtiefe sei aufgrund des umfangreichen Zeitraums kaum möglich, schon die vorliegende Haushaltsplanung im Rahmen von vier bis fünf Jahren sei immer mit vielen Fragezeichen behaftet. Stadträtin Kamleiter betonte, dass sie die Visualisierung der einzelnen Projekte und deren Kosten als übersichtlich und positiv empfunden habe. Der Vorsitzende versprach, die Anregung aufzunehmen und neue Projekte in die Liste mit aufzunehmen. Stadtrat Hoiß erkundigte sich, wer im Gremium das an Dienstjahren älteste Stadratsmitglied sei, da die Geschäftsordnung diese Person als Vertretung im Falle der Verhinderung aller drei Bürgermeister vorsehe. Diese Textstelle der Geschäftsordnung sei abgeändert worden, denn ursprünglich habe die Geschäftsordnung das an Lebensjahren älteste Stadratsmitglied für diese Aufgabe vorgesehen. Herr Tönjes erklärte, dass Stadtrat Keil das an Dienstjahren älteste Stadratsmitglied sei. Diese Passage der Geschäftsordnung sei in der der konstituierenden Stadtratssitzung vorausgegangenen Fraktionssprechersitzung im April besprochen und angepasst worden. Stadtrat Hoiß kritisierte, dass die am 1. Juli in Kraft tretende neue Verwaltungsorganisation lediglich per E-Mail bekannt gegeben worden, nicht aber im Stadtrat besprochen worden sei. Die Geschäftsordnung sehe vor, dass grundlegende Fragen der Verwaltungsorganisation im Personalausschuss thematisiert werden sollten. Herr Tönjes erklärte, dass die Verwaltungsorganisation grundsätzlich Angelegenheit der Ersten Bürgermeisters sei. Der Rahmen sei durch den vom Stadtrat beschlossenen Stellenplan sowie den Personalhaushalt vorgegeben. Die neue Verwaltungs-

organisation sei nicht ad hoc entstanden, sondern schon seit längerem geplant gewesen. Es finde auch keine grundlegende Neuorganisation statt, es würden in erster Linie einige Bezeichnungen angepasst. Im nächsten Personalausschuss werde man das Thema besprechen. Der Vorsitzende ergänzte, dass man die Pläne im alten Personalausschuss bereits vorgestellt und besprochen habe. Es habe in der neuen Stadtratsperiode bislang kein Personalausschuss stattfinden können und eine Platzierung in einer Stadtratssitzung sei nicht sinnvoll gewesen. Sollte es seitens den Gremiums gravierende Einwände geben, könne man sich diesbezüglich nochmals Gedanken machen. Stadträtin von Hagen nahm Bezug auf die Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Bürgermeister-Vertretungsregelungen. Sie erklärte, dass sie die Änderung vorgeschlagen habe, da dies auch in der alten Geschäftsordnung die Regelung gewesen sei. Langjährige Erfahrung im Stadtrat sei im Vertretungsfalle sinnvoller als allgemeine Lebenserfahrung. Sie erkundigte sich außerdem nach dem Status der Bauarbeiten im Schwimmbad. Herr Schützeneder erklärte, dass die Abbrucharbeiten in den nächsten zwei bis drei Wochen beginnen würden. Stadtrat Salcher berichtete, dass die Mitarbeiterinnen der Stadtbibliothek gerne Plexiglasscheiben hätten, damit sie nicht immer einen Mundnasenschutz tragen müssten. Der Vorsitzende versprach dies zu prüfen.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 21:22 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Isabell Wipiejewski

Erster Bürgermeister